

## Kurzbericht

## öffentlicher Teil

13. Sitzung – Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

15. Januar 2020, 14:02 bis 15:52 Uhr

### Anwesend:

Vorsitz: Janine Wissler (DIE LINKE)

#### CDU

Dirk Bamberger  
Jürgen Banzer  
Birgit Heitland  
Heiko Kasseckert  
Markus Meysner  
J. Michael Müller (Lahn-Dill)  
Manfred Pentz

#### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hildegard Förster-Heldmann  
Markus Hofmann (Fulda)  
Kaya Kinkel  
Karin Müller (Kassel)  
Katy Walther

#### SPD

Elke Barth  
Tobias Eckert  
Stephan Grüger  
Knut John  
Marius Weiß

#### AfD

Arno Enners  
Klaus Gagel  
Andreas Lichert

#### Freie Demokraten

Jürgen Lenders  
Dr. Stefan Naas

#### DIE LINKE

Janine Wissler (Vorsitz)

**Fraktionsassistentinnen und -assistenten:**

CDU: Christian Richter-Ferenczi  
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jan Alexander Fröhlich  
 SPD: Milena Stuhlmann  
 AfD: Meysam Ehtemai  
 Freie Demokraten: Tobias Kress  
 DIE LINKE: Sebastian Scholl

**Landesregierung, Rechnungshof, etc.**

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amtsbe- zeichnung	Ministerium, Behörde
AL-VAZIR, TAREK	M	HMWEVW
2. Hülman	ROBIL	HMWEVW
T. SCHÄTZER, VERA	Ref. Sachb.	HMWEVW
U. Weix-Georg	BeRin	HMWi
Meinhardt, Andreas	MR	HMWEVW
Stern, Inka	MR	HMWEVW
Baatz, Hans Christian	MR	— " —
KLAVIS DAPP	BD	— " —
Knechtel Gregor	Referent	Hessen Mobil
Nies, Maria	BARin	HMWEVW
Dr. Schürer, Hendrik	MR	~
Happe, Kirsten	RD'in	HMWEVW
Dr. Risch, Josine	RD'in	HMWEVW
Han Uel, Dore	MinDirig	HMWEVW
Dr. Benmann, Karsten	MR	"
Dr. Lankau, Nicole	MR	"
Müller, Stefan	ROR	"
Friedländer, Evelyn	RD'in	"

Protokollführung: Heike Schnier

**Inhaltsverzeichnis:**

- Punkt 1:** – zur abschließenden Beratung –
- Antrag**  
Fraktion der Freien Demokraten  
Mittelstand und Handwerk stärken – Arbeitsplätze sichern: Unternehmensnachfolge unterstützen  
– Drucks. [20/561](#) – S. 4
- Punkt 2:** – zur abschließenden Beratung –
- Antrag**  
Elke Barth (SPD), Christoph Degen (SPD), Tobias Eckert (SPD),  
Stephan Grüger (SPD), Knut John (SPD), Marius Weiß (SPD), Fraktion  
der SPD  
Experimentierklausel zur Baulandmobilisierung  
– Drucks. [20/1221](#) – S. 9
- Punkt 3:** – zur abschließenden Beratung –
- Antrag**  
Elke Barth (SPD), Tobias Eckert (SPD), Stephan Grüger (SPD), Knut  
John (SPD), Marius Weiß (SPD), Fraktion der SPD  
Öffentliche Auftragsvergabe: Evaluierungsbericht versucht Probleme  
untern den Teppich zu kehren – Hessisches Vergabe- und  
Tariffreuegesetz muss novelliert werden  
– Drucks. [20/1488](#) – S. 9
- Punkt 4:** – zur weiteren Beratung –
- Große Anfrage**  
Fraktion der Freien Demokraten  
Bewirtschaftung des Edersees  
– Drucks. [20/1457](#) zu Drucks. [20/168](#) – S. 13
- Punkt 5 bis Punkt 12:** siehe nicht öffentlicher Teil

Die **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden, wünscht ein gutes neues Jahr und stellt fest, dass die Punkte 2 und 4 auf Wunsch der Antragsteller in der heutigen Sitzung nicht behandelt würden.

**Punkt 1:**

**– zur abschließenden Beratung –**

**Antrag**

**Fraktion der Freien Demokraten**

**Mittelstand und Handwerk stärken – Arbeitsplätze sichern: Unternehmensnachfolge unterstützen**

**– Drucks. [20/561](#) –**

Abg. **Dr. Stefan Naas:** Ich möchte bei den Koalitionsfraktionen und der Landesregierung für unseren Antrag werben. Ich will die wesentlichen Punkte hier noch einmal hervorheben. Bis 2023 – das sind Zahlen der KfW – stehen 840.000 Unternehmen zur Übernahme an. Mit Übernahme ist nicht eine Übernahme durch ein anderes Unternehmen gemeint, sondern die Unternehmensnachfolge selbst, innerhalb des Unternehmens. Dabei sind auch viele kleine und mittlere Unternehmen, die ja Garant für unseren wirtschaftlichen Erfolg sind. Deswegen ist die Frage der Unternehmensnachfolge eine Spielart der Diskussion um den Fachkräftemangel, den es auf allen Ebenen gibt, eben auch bei den Unternehmern selbst.

Für viele Unternehmer ist eine geglückte Unternehmensnachfolge innerhalb der Familie, aber auch sehr oft außerhalb der Familie, Teil der Altersvorsorge und deswegen von zentraler Bedeutung.

Wir wollen neben der Sachverhaltsdarstellung, die in den ersten drei Punkten des Antrags, wie ich finde, relativ objektiv geschehen ist, vor allem mit den Punkten 4 und 5 die Landesregierung auffordern, das Handwerk und vor allem die Handelskammern zu unterstützen mit verschiedenen Initiativen: entweder einer Fortbildung, aber auch einer Beratung. Wir wollen, dass dort auch stärker die Digitalisierung in den Blick genommen wird.

Unter Punkt 7 wollen wir – ich glaube, das ist etwas Besonderes –, dass beim Hessischen Gründerpreis gegebenenfalls die Kategorie Unternehmensnachfolge Berücksichtigung findet. Denn wir glauben, dass eine geglückte Unternehmensnachfolge vielleicht als Best-Practice-Beispiel, als Vorbild für andere Unternehmen dienen kann und insofern förder- und auszeichnungswürdig ist.

Ich werbe noch einmal für unseren Antrag und bitte Sie um Zustimmung.

Abg. **Elke Barth:** Auch wir unterstützen diesen Antrag. Ich denke, man kann gar nicht oft genug betonen, wie wichtig es ist, dass wir in diesem Bereich Unterstützung liefern. Die Zahlen sprechen für sich. Es steht auch im Antrag: Es sind 840.000 Unternehmensnachfolgen, die bis 2023 anstehen.

Ganz wichtig dabei ist das Thema Beratung, auch in Zusammenarbeit mit den IHKs. Das ist oft noch nicht richtig gesichert. Ein sehr enger Zusammenhang besteht in diesem Punkt mit dem Thema Fachkräftemangel, Fachkräftebedarf. Denn es ist völlig klar:

Wenn wir den Fachkräftebedarf im Handwerk nicht gelöst bekommen, dann fehlen die entsprechenden Kapazitäten für die Unternehmensnachfolgen.

Man hätte das in diesem Zusammenhang – Herr Dr. Naas, Sie haben den Antrag bereits im Mai gestellt – aktualisieren können. Mit dem Fachkräftemangel hängt zusammen, warum sich so wenige junge Menschen für eine Ausbildung im Handwerk interessieren: weil die Ausbildungsvergütungen dort nicht die allerbesten sind im Vergleich zur Industrie.

(Abg. Dr. Stefan Naas: Das wollte ich euch überlassen!)

– Danke schön. – Insofern ist es eine gute Sache, dass wir inzwischen eine Mindestausbildungsvergütung beschlossen haben, die immerhin 515 € pro Monat beträgt. Das ist jetzt Beschluss. Gerade von der Ernährungswirtschaft wissen wir, dass die Vergütungen am Anfang oft darunter gelegen haben. Insofern ist das gerade für Mangelberufe eine wichtige Sache.

Ein weiterer wichtiger Punkt, um den Fachkräftemangel zu beseitigen, ist die Angleichung von Master und Meister in der Wertigkeit. Das ist ein zweites wichtiges Stichwort. Hier hat das Berufsbildungsgesetz noch Luft nach oben. Auch im öffentlichen Dienst könnte man darüber nachdenken, ob man hier etwas mehr Vorbild sein möchte. Denn wenn man eine Karriere im höheren Dienst im öffentlichen Dienst anstrebt, braucht man dafür einen Master. Der Meister wird hier noch nicht anerkannt. Ich weiß, dass das in einigen Bereichen schwierig ist, aber z. B. bezüglich der Baubranche könnte man im öffentlichen Dienst darüber nachdenken.

Kurz gesagt: Wir unterstützen diesen Antrag und werden ihm natürlich zustimmen.

Abg. **Markus Hofmann (Fulda)**: Die Nachfolgeproblematik ist durchaus bekannt. Deshalb haben die Interessenverbände wie die IHKs und die Handwerkskammern entsprechende Angebote, übrigens auch das Wirtschaftsministerium mit seinem Existenzgründungsportal mit der Unterkategorie Nachfolge. Die IHKs bieten Nachfolgeberatung an, Nachfolgetage und Seminare, z. B. auch die Nachfolgebörse: „Nexxt Change“. Es gibt auch die Informationsveranstaltungen und die Nachfolgeberatung der Handwerkskammern. Die werden laut meiner Anfrage auch sehr gut frequentiert.

Das Digitalministerium bietet z. B. an, für die Digitalisierung im Handwerk zu werben und die digitale Transformation zu unterstützen. Von daher gibt es schon Portale, Möglichkeiten und Programme wie das Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0, House of IT – übrigens ist dort das Land Hessen Mitglied – und überbetriebliche Zentren der Handwerkskammern, die jeweils entsprechende Programme anbieten. In Hessen gibt es z. B. das IT-Netzwerk Mitte in Kassel, auch zur Frage der Digitalisierung, der Weiterbildung und Ausbildung.

Von daher gibt es schon Programme. Weitere Lektüre dazu gibt es im Koalitionsvertrag nachzulesen in Bezug auf Aus- und Weiterbildung. Insofern sehen wir keine Dringlichkeit des Antrags und lehnen diesen Antrag deshalb ab.

Abg. **Andreas Lichert**: Es ist im Prinzip viel, wenn nicht gar alles gesagt worden. Das, was der Kollege Hofmann gerade sagte, dass schon viel passiert, ist richtig.

Dennoch halte ich diesen Antrag für ebenso richtig und wichtig. Denn bei vielem von dem, was wir hier tun, geht es darum, Signale zu setzen und Symbolpolitik zu betreiben. Ich glaube, wir können gar nicht genug tun, um das Image des Handwerks zu stärken, vor allem im Hinblick darauf, was junge Menschen in unserem Land tun. Sie streben derzeit mit Masse an die Universitäten, oftmals weder zur Freude der Universitäten noch zur Freude der möglicherweise späteren Studienabbrecher.

Auch wenn es tatsächlich nur ein symbolischer Akt sein sollte und die bereits durchgeführten Maßnahmen ausreichend wären, ist es dennoch richtig und wichtig, dieses Signal zu setzen. Deswegen unterstützt die AfD-Fraktion diesen Antrag.

Abg. **Manfred Pentz**: Der Minister war heute Morgen in meinem Wahlkreis bzw. in meiner Region zum 125. Jubiläum der Deutschen Amphibolin-Werke. Der eine oder andere kennt sie eher unter Caparol, dem weltweit bekannten bunten Elefanten. Dort hat man hautnah miterleben können, dass eine Unternehmensnachfolge sehr gut über Generationen funktionieren kann, dass es Familienunternehmen gibt, die für die Zukunft sehr gut gewappnet sind.

Man muss vielleicht auch dazusagen – ich neige nicht zu Selbstlob, aber das, was ich dort gehört habe, zeigt es –, dass die Landesregierung in den letzten Jahren durchaus viel Gutes auch für die Familienunternehmen getan hat, indem sie nicht nur den Weg beschritten hat, dass sie sagt, wie es zu machen ist, sondern die Leitplanken so gesetzt hat, dass die Handwerkskammern, dass die IHKs die Beratungsleistungen und die Fortbildungen übernehmen und die Unternehmer in ihrem Freiraum so agieren können, dass sie zukunfts- und wettbewerbsfähig sind.

Mein Problem mit dem Antrag ist: Vieles, was darin steht, ist nicht falsch. Darin steht viel Richtiges. Aber Fakt ist: Der Antrag erweckt den Anschein, dass in der Landesregierung diesbezüglich bei allen Punkten nichts getan wird. Aber das ist schlichtweg nicht der Fall.

Das bringt mich am Ende dazu, zu sagen: Wir können nicht anders, als den Antrag abzulehnen; denn würden wir dem Antrag zustimmen, würde der Anschein erweckt, wir täten nichts. Das heutige Beispiel mit der Jubiläumsfeier hat mir aber noch einmal gezeigt, dass wir durchaus richtig handeln. Dort waren aber auch sehr viele Handwerksunternehmen dabei, die mit diesem Industrieunternehmen arbeiten und auch in die Zukunft schauen. – Deswegen: von uns Ablehnung in diesem Sinne.

Abg. **Dr. Stefan Naas**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Pentz, ich glaube, wir liegen hier nicht so weit auseinander, wenn auch im Urteil um 180 Grad. Ich habe den Antrag noch einmal mit Blick auf eine eventuelle Kritik an der Landesregierung durchgelesen. Ich kann ihn nicht so kritisch lesen wie Sie. Es ist ein wirklich wohlwollender, neutraler Antrag, der etwas verstärken soll. Ich verweise hier insbesondere auf Punkt 4:

Der Landtag begrüßt, dass die Industrie- und Handwerkskammern bereits Beratung für KMU anbieten, die gezielt auf die Herausforderungen eines Betriebsüberganges ausgerichtet sind.

Das ist das, was der Kollege eben schon gesagt hat. Das gibt es schon. Natürlich kann man das so vertreten.

Wir sagen – das ist Punkt 5 –, es soll stärker unterstützt werden. Wenn Sie sich an dem „stärker“ stoßen, weil das eine Kritik an der Landesregierung sein könnte, würde ich Ihnen sogar entgegenkommen und das „stärker“ durch „weiter“ ersetzen, wenn Ihnen das über die Hürde hilft.

Unbeantwortet ist für mich bisher die Frage, was eigentlich mit Punkt 7 ist. Denn im Rahmen des Gründerpreises ein Unternehmen zu prämiieren ist, glaube ich, ein wirklich guter Vorschlag. Herr Pentz, das Unternehmen, wo Sie heute Morgen waren, wäre ein schöner Aspirant für einen solchen Preis. Wenn Sie sagen, Caparol hat eine so gute Unternehmensnachfolge, dann wäre es das erste Unternehmen, das wir auszeichnen könnten.

Gegen Punkt 7 – das ist ein wesentlicher Punkt – habe ich bisher noch gar nichts gehört, sodass wir den Antrag aufrechterhalten.

Wenn es Sie unterstützt, würden wir „stärker“ in „weiter“ umformulieren. Ansonsten sehe ich hier keine Kritik an der Landesregierung, sondern eher die Aufforderung, in dieser Hinsicht weiterzuarbeiten, insbesondere auch bei den Industrie- und Handelskammern. Die Vorredner haben es auch schon gesagt: Es ist ein Thema, das uns eher einen als trennen sollte. Deswegen verstehe ich zum Jahresauftakt nicht die Ablehnung.

Minister **Tarek Al-Wazir**: Ich glaube, alle sind sich hier einig, dass das Thema Unternehmensnachfolge in den nächsten Jahren eine riesengroße Rolle spielen wird, genauso wie der Fachkräftemangel insgesamt. Das hat schlicht etwas damit zu tun, dass der Jahrgang 1964 der mit den meisten Geburten war. Da gibt es noch ganz viele Martins, Martinas, Petras und Peters auch in unseren Reihen. Danach wurde es weniger. Das sieht man in Zukunft bei der Frage, wie viele Fachkräfte man findet, bis hin zur Frage der Unternehmensnachfolge.

Ich kann hier nur für die Landesregierung sprechen. Ich finde schon, dass wir an dieser Stelle – Stichwort: zeigen, was wir gemeinsam machen – darauf hinweisen sollten, dass wir in den letzten Jahren relativ unabhängig davon, wer an der Regierung war, sehr viel dafür getan haben, die duale Ausbildung zu stärken. Ich kann mich erinnern – ich weiß nicht mehr, ob es CDU-Alleinregierung oder Schwarz-Gelb war –, dass wir beim Hochschulzugang für Meister das erste Bundesland waren. Wir sind jetzt unter Schwarz-Grün das allererste Bundesland gewesen – das war ein Ergebnis des Bildungsgipfels –, wo auch die Gesellenprüfung, sofern sie mit 2,5 oder besser bestanden wurde, den direkten Hochschulzugang bedeutet.

(Abg. Dr. Stefan Naas: Gute Sache!)

Wir haben die Aufstiegsprämie für diejenigen eingeführt, die ihren Meister machen und entsprechende IHK-Abschlüsse im deutschen Qualifikationsrahmen 6 und 7, wenn ich mich richtig erinnere.

Das heißt, wir haben alles dafür getan, um den Leuten zu zeigen: Handwerk hat Zukunft, Ausbildung hat Zukunft mit allem, was dazugehört.

Übermorgen werden wir die Vereinbarung „Bündnis Ausbildung Hessen“ für diese Legislaturperiode gemeinsam mit Wirtschaft, mit Kammern, mit Gewerkschaften abschließen, mit allen, die in diesem Zusammenhang beteiligt sind: Sozialministerium, Kultusministerium, Wirtschaftsministerium, Wissenschafts- und Kunstministerium, weil die Frage

Berufsorientierung natürlich auch eine Rolle spielt. An dieser Stelle ist es so, dass es kaum eine Landesregierung gibt, die sich in dieser Frage so sehr engagiert.

Wir haben auch lange diskutiert – Frau Barth hat es angesprochen – über das Berufsbildungsgesetz und die Berufsbezeichnungen, Stichwort: Professional, Master usw. Nach meiner Erinnerung haben wir das nach vielen Debatten am 20. Dezember im Bundesrat auch so beschlossen. Es war parteiübergreifend am Ende so, dass wir weiterkommen wollen.

Wir haben aber auch – das sind spezifische Punkte in Sachen Unternehmensnachfolge – viele Projekte gefördert. Ich will zwei exemplarisch nennen. Das eine wird für uns von Jumpp gemacht, das ist „Generationswechsel in KMU“. Hier findet auch alle zwei Jahre der Tag der Nachfolge statt, der nächste in diesem Frühjahr. Wir fördern entsprechende Veranstaltungen, die vom „FAZ“-Verlag gemacht werden. Wir fördern Nachfolgeberatung durch das RKW Hessen. Wir haben bei der Hessen Agentur eine Studie „Unternehmensnachfolge in Hessen“ in Auftrag gegeben, die in diesem Jahr kommen soll. Wir sind bei vielen anderen Bereichen aktiv.

Herr Naas, der Hessische Gründerpreis hat bereits eine Kategorie „Gelungene Unternehmensnachfolge“, 2019 erstmals vergeben, dieses Jahr in Wetzlar. Der Wissenstransfer kann so erfolgen, dass Sie den Kollegen Bürger fragen. Er war dort.

Wir machen das alles schon, und am Ende des Tages ist es trotzdem so, dass Menschen den Mut zusammennehmen müssen und bereit sein müssen, diese Unternehmensnachfolge zu machen. Dann, wenn sie Kapitalbedarf haben, sind wir über Bürgschaftsbank, WIBank oder anderes jederzeit bereit, diesen Prozess zu unterstützen.

Abg. **Dr. Stefan Naas:** Es ist eben gesagt worden, das alles gebe es schon, und das Thema sei in aller Munde. – Das mag so sein. Wir haben aber einmal recherchiert, wann es die letzte parlamentarische Initiative dazu gab. Nach unserer Recherche war das 2002. Mir fallen zwar ein paar Themen ein, wo öfter Anträge kommen, aber das Thema Unternehmensnachfolge war 18 Jahre nicht auf der Agenda, zumindest nicht als parlamentarische Initiative.

Deswegen möchte ich noch einmal dafür werben. Ich glaube, das ist etwas, was uns eint und nicht trennt. Man kann zwar immer sagen, es gibt das schon. Aber es gibt auch viele Anträge von der Koalition, die formulieren, was es schon alles gibt. Es ist nicht schwierig, ein paar davon zu finden. Deswegen möchte ich an Sie appellieren, der Initiative zuzustimmen.

Bei Punkt 7 habe ich noch nicht richtig verstanden, Herr Minister, ob es wirklich der Hessische Gründerpreis oder ob es ein Einzelpreis einer einzelnen IHK ist, in diesem Fall Wetzlar.

(Minister Tarek Al-Wazir: Es war der Gründerpreis!)

– Dann würde ich Punkt 7 als obsolet streichen.

**Vorsitzende:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung über den geänderten Antrag.



**Beschluss:**

WVA 20/13 – 15.01.2020

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen lehnt den von den Antragstellern wie folgt geänderten Antrag nach abschließender Beratung in öffentlicher Sitzung ab:

In Nr. 5 werden die Wörter „stärker zu unterstützen“ durch die Wörter „weiter zu unterstützen“ ersetzt.

Nr. 7 wird gestrichen.

(CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
gegen SPD, Freie Demokraten, AfD bei Enthaltung DIE LINKE)

**Punkt 2: – zur abschließenden Beratung –****Antrag**

**Elke Barth (SPD), Christoph Degen (SPD), Tobias Eckert (SPD),  
Stephan Grüger (SPD), Knut John (SPD), Marius Weiß (SPD), Fraktion  
der SPD**

**Experimentierklausel zur Baulandmobilisierung**

**– Drucks. [20/1221](#) –**

**Beschluss:**

WVA 20/13 – 15.01.2020

Der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt.

**Punkt 3: – zur abschließenden Beratung –****Antrag**

**Elke Barth (SPD), Tobias Eckert (SPD), Stephan Grüger (SPD), Knut  
John (SPD), Marius Weiß (SPD), Fraktion der SPD**

**Öffentliche Auftragsvergabe: Evaluierungsbericht versucht Pro-  
bleme unter den Teppich zu kehren – Hessisches Vergabe- und  
Tariffreuegesetz muss novelliert werden**

**– Drucks. [20/1488](#) –**

Abg. **Elke Barth:** Am 1. März 2015 ist das Hessische Vergabe- und Tariffreuegesetz in Kraft getreten, welches erstmals eine Tarifverpflichtung beinhaltet, die von den Auftragnehmern abzugeben ist und sicherstellen soll, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die ihre Mitarbeiter nach Tarif bezahlen.

Nach § 21 dieses Gesetzes sollte die Landesregierung nach drei Jahren eine Überprüfung der Wirkungsfähigkeit der Tariftreueverordnung vorlegen, also im März 2018. Nach über vier Jahren und diversen Nachfragen der SPD-Fraktion hat die Landesregierung Ende Juli 2019 einen Evaluierungsbericht vorgelegt. Was zum einen erstaunte: Herr Staatsminister, entgegen Ihrer sonstigen Praxis wurde dieser Bericht relativ sang- und klanglos erstellt. Man vermisste eine Pressemeldung. Man vermisste die Veröffentlichung. Er wurde auch an niemanden versandt, bis auf die Abgeordneten.

(Abg. Jürgen Lenders: Das ist ungewöhnlich!)

Wir haben die Pressepräsentation vermisst. Es scheint, man wollte die Pflicht erfüllen, aber man wollte keine Öffentlichkeit erzeugen.

Andere Bundesländer hatten schon vor uns eine solche Regelung. Wir waren das drittletzte Bundesland, welches ein solches Tariftreuegesetz eingeführt hat. Wenn man vergleicht, wie andere Bundesländer ihre Evaluierungsberichte gestaltet haben, dann ist Brandenburg zu nennen. Die haben 2014 einen 190 Seiten langen Bericht von der deutschen Wirtschaftskanzlei CMS Hasche Sigle vorgelegt. Für Rheinland-Pfalz hat im selben Jahr Kienbaum eine fast 250 Seiten starke Evaluierung mit Interviews, Online- und Telefonbefragungen erstellt. Natürlich waren auch die Gewerkschaften mit einbezogen.

Für Nordrhein-Westfalen hat 2015 ebenfalls Kienbaum eine fast 300 Seiten starke Evaluierung erstellt, unter anderem mit Workshops unter Beteiligung der Gewerkschaften, vertiefenden Interviews; NGOs wurden befragt usw. Ich kann jetzt noch mit Bayern oder Niedersachsen weitermachen. Sie sehen schon: Überall ist es mehr als bei uns; denn bei uns ist es ein zwischen 15 und 20 Seiten langer Bericht, wenn man die angehängten Statistiken hinzuzieht. Das ist doch etwas dünn.

Aus unserer Sicht ist der hauptsächliche Schwachpunkt des Berichts, wer nicht befragt wurde. Das sind zum einen die Gewerkschaften, die Beratungsstelle Faire Mobilität, der Verband der baugewerblichen Unternehmer, der Zoll. Nicht einmal – das wäre aus meiner Sicht eigentlich Pflicht gewesen – die SOKA-BAU wurde befragt, die Sozialkasse der Bauwirtschaft, die Institution, die die Sozialbeiträge für gewerbliche Arbeitnehmer in der Bauwirtschaft verwaltet.

Wenn man sich das anschaut, sieht man, Sie haben nur die Vergabestellen gefragt. Es war offensichtlich nicht beabsichtigt, Schwachstellen des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes zu erkennen und gegebenenfalls zu korrigieren. Von 350 befragten Institutionen haben 6 % Entgeltabrechnungen und Arbeitsverträge eingesehen. Da kann man wirklich sagen: So, wie das Gesetz hier ausgeführt wird, ist es das, was wir von Anfang an vorgeworfen haben. Es ist ein Papiertiger, der keine Wirkung erzeugt.

Das lässt sich auch an anderen Punkten dokumentieren, die wir in unserem Antrag dargelegt haben. Wir kritisieren dies und möchten unsere deutliche Kritik äußern. Es gibt genügend Institutionen wie z. B. die baugewerblichen Unternehmer, die etwas verschupft sind, dass sie nicht gefragt wurden. Auch die freien Berufe sagen auf Nachfrage: Der Bericht ist da? Das wussten wir nicht. Wir dachten, wir würden auch gefragt. – Sie wären gerne angehört worden. Es ist schade, dass Sie das nicht gemacht haben.

Wir ziehen unsere eigenen Schlüsse aus dem, was im Bereich öffentliche Aufträge passiert; wir haben das auch in Nr. 2 unseres Antrags dokumentiert. Die Durchschnittslöhne, die z. B. im Bauhauptgewerbe gezahlt werden, dokumentieren für uns, wie lasch in Hessen kontrolliert wird.

Wir fordern die Landesregierung nachdrücklich auf, dieses Gesetz, das das Wort „Tariftreue“ im Titel wirklich nicht verdient, endlich nachzubessern. Ich bin, ehrlich gesagt, entsetzt, dass bei all der Bedeutung, die wir diesem Evaluierungsbericht beigemessen haben, so eine dünne Geschichte dabei herauskommt.

Minister **Tarek Al-Wazir**: Ein paar Sachen müssen klargestellt werden. Erstens zum Stichwort „verspäteter Bericht“. Ich glaube, das hatten wir vor ein oder zwei Jahren schon einmal im Plenum. Das Inkrafttreten der Tariftreuebestimmungen erfolgte für den ÖPNV erst später als für den Rest. Da im Gesetz steht, dass wir drei Jahre abwarten, war es logisch, dass man erst im September bzw. August 2018 mit der Evaluation beginnt. Dementsprechend ist aus meiner Sicht der Bericht auch nicht verspätet, sondern rechtzeitig.

Zweitens will ich an dieser Stelle sagen – das ist mir wichtig –, dass wir in der Situation sind, dass wir aufpassen müssen, dass wir nicht alles mit allem in einen Topf werfen.

Ich nenne ein Beispiel. Die Durchschnittslöhne auf dem Bau werden nicht nur von öffentlichen Auftraggebern bestimmt. Ich gehe vielmehr davon aus, dass der öffentliche Auftraggeber zwar eine relativ große Nachfragemacht hat, aber wahrscheinlich nicht die Mehrzahl aller Gebäude baut, vielleicht die Mehrzahl aller Straßen, aber nicht die Mehrzahl aller Gebäude. Dementsprechend kann man auf keinen Fall sagen, dass eine wie auch immer geartete Regelung im HVTG dazu führt, dass Durchschnittslöhne in Hessen anders sind als in anderen Ländern.

Ich habe mich in diesem Zusammenhang auch, als ich einmal die Gelegenheit hatte – ich habe einmal die SOKA-BAU als fahrradfreundlichen Arbeitgeber im Rahmen von Bike + Business ausgezeichnet –, mit dem Chef der SOKA-BAU unterhalten und ihn gefragt, ob er eine Erklärung hat für diese Löhne. Das ist keine Evaluierung in dem Sinne, dass man es genau wüsste. Wir haben aber die Frage gestellt, wie es sein kann, dass in Hessen, wo vergleichsweise hohe Löhne gezahlt werden, ausgerechnet in diesem Bereich vergleichsweise niedrige Löhne gezahlt werden.

Seine Antwort war, dass er unter anderem vermutet, wobei viele andere Punkte auch eine Rolle spielen, dass es daran liegt, dass in Hessen so viel gebaut wird, dass so viele große Projekte stattfinden und dementsprechend viele Vertragsarbeitnehmer aus Drittstaaten hier sind. Ich bin auch froh, dass sie hier sind; denn sonst würde man gar keinen mehr finden, der baut. Die bekommen aber genau den Mindestlohn, der über die Allgemeinverbindlichkeitserklärung für alle gilt. – Das könnte eine der Erklärungen sein: nicht etwa öffentliche Macht, sondern eher, dass so viel gebaut wird, was dazu führt, dass die Arbeitnehmer aus anderen Ländern und auch aus anderen Bundesländern kommen. Ich empfehle allen, montags und freitags einen Blick auf die A 5 und die A 4 zu werfen, und zwar insbesondere auf die Kennzeichen der Handwerkerfahrzeuge. Manchmal habe ich das Gefühl, halb Thüringen arbeitet unter der Woche auf Baustellen im Rhein-Main-Gebiet. Die bieten auch vergleichsweise günstig an. Entschuldigung, ohne jetzt dem Saarland zu nahe zu treten: Das ist einfach etwas anderes. Das könnte eine Erklärung sein. Ich weiß nicht, ob es das ist, aber es könnte sein.

Dann kommen noch viele andere Punkte dazu. Ich glaube, dass wir, wenn wir uns das insgesamt betrachten, gut beraten sind, das in Ruhe zu machen. Ich bin verwundert darüber, dass sich eine Abgeordnete darüber beschwert, dass die Abgeordneten den Bericht zuerst bekommen haben, weist aber darauf hin, dass das ein Bericht des Sozialministeriums war und dementsprechend das Wirtschaftsministerium die Öffentlichkeitsarbeit nicht in der Hand hatte.

Sie wissen, dass wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, dass wir an die Novellierung des HVTG herangehen wollen. Da sind viele andere Sachen zu klären, unter anderem die Unterschwellenvergabeordnung. Deshalb gehe ich davon aus, dass wir sicherlich in der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode noch muntere Debatten und Landtagsanhörungen und anderes haben werden und uns weiterhin vertieft mit dieser Frage auseinandersetzen werden.

Abg. **Markus Hofmann (Fulda)**: Den Worten des Ministers ist fast nichts hinzuzufügen. Deshalb ziehe ich meine Wortmeldung zurück.

Abg. **Elke Barth**: Ich ziehe nichts zurück, auch wenn der Minister schon gesprochen hat. – Drei Punkte, Herr Minister. Vielleicht können Sie zu dem verspäteten Bericht zumindest etwas erklären. Die Daten hat das Statistische Landesamt erhoben, wobei zu fragen ist, wieso das Statistische Landesamt das getan hat. Die haben die Daten bereits im Dezember 2018 an das Ministerium übermittelt. Der Bericht ist im Juli 2019 erschienen. Was ist denn in diesem halben Jahr passiert? Denn wenn die Daten schon im Dezember erhoben wurden, was ist in dem halben Jahr passiert?

Was die Löhne im Baugewerbe anbelangt. Ja, Sie haben ein Gespräch geführt, nicht mit dem Chef, sondern mit einem Vorstandsmitglied. Auch das wurde mir gegenüber erläutert. Es gab auch etliche Irritationen darüber. Ich empfehle Ihnen, noch einen weiteren Termin mit den zuständigen Vorstandsmitgliedern zu machen, z. B. mit Herr Gregor Asshoff.

Ich kenne das eigentlich so: Ja, bei uns wird so viel gebaut. Aber normalerweise führt ein knapper Markt zu steigenden Preisen und nicht zu sinkenden Löhnen. Im Handwerk steigen die Löhne übrigens auch, was ich sehr erfreulich finde.

Ich habe mich auch nicht beschwert, dass wir den Bericht als Erste bekommen haben, sondern weil wir ihn als Einzige bekommen haben. Offensichtlich hat ihn nach uns niemand mehr bekommen, und das ist ein kleiner, feiner Unterschied. Warum ist dieser Bericht nahezu als Verschlussache gehandhabt worden?

Minister **Tarek Al-Wazir**: Liebe Kollegin Barth, bitte. Wenn wir einen Bericht an alle Landtagsabgeordneten schicken, dann ist das doch keine Verschlussache. Das kann nicht Ihr Ernst sein.

(Abg. Elke Barth: Warum nicht an andere Leute geschickt?)

Wir sind natürlich mit der SOKA-BAU im Gespräch. – Was ist passiert zwischen Datenerhebung und Zuleitung an den Landtag? Erstens musste aus den Daten ein Bericht geschrieben werden. Dann wurde er in die Ressortabstimmung gegeben. Dann hat das Kabinett beschlossen. Dann ging es vom Kabinett an den Landtag. Das ist alles ganz normal.

**Vorsitzende**: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann stimmen wir ab.

**Beschluss:**

WVA 20/13 – 15.01.2020

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen lehnt den Antrag nach abschließender Beratung in öffentlicher Sitzung ab.

(CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten  
gegen SPD, AfD, DIE LINKE)

**Punkt 4:****– zur weiteren Beratung –****Große Anfrage****Fraktion der Freien Demokraten****Bewirtschaftung des Edersees****– Drucks. [20/1457](#) zu Drucks. [20/168](#) –****Beschluss:**

WVA 20/13 – 15.01.2020

Die Große Anfrage wird von der Tagesordnung abgesetzt.

(Schluss des öffentlichen Teils: 14:43 Uhr  
– folgt nicht öffentlicher Teil)